

2010 hatte der frühe Wintereinbruch die Wirtschaft belastet. In den Monaten Januar und Februar profitierte die Bauwirtschaft, aber auch ein Teil des Dienstleistungssektors von Nachholeffekten. „Die positive gesamtwirtschaftliche Grundtendenz sollte auch im zweiten Vierteljahr anhalten“, erwartet die Bundesbank mit Verweis auf starke Zuwächse der Aufträge für die Industrie. Die Krise in Japan werde die hiesige wirtschaftliche Entwicklung kaum beeinträchtigen. „Wenn es gelingt, Störungen in den Lieferketten zu vermeiden beziehungsweise schnell zu beheben, bleiben die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft begrenzt“, schreibt die Bundesbank. Nach einer Umfrage der Agentur Reuters unter 20 Analysten rechnen diese für die Monate Januar bis März mit 0,8 Prozent Wachstum; das ist doppelt so viel wie im Vorquartal. Für das Frühjahr erwarten sie 0,5 Prozent Wachstum. Zuletzt ist allerdings das Ifo-Geschäftsklima nach neun Monaten Anstieg erstmals leicht gesunken, weil die Erwartungen der Unternehmen ihren Höhepunkt

Wenig nachhaltiger Tourismus

Reisende sind nur in Grenzen zu einem Aufpreis bereit / Laut Studie 22 Prozent grundsätzlich interessiert

du. LUZERN, 18. April. Reisen bildet, aber für die meisten umfasst es nicht mehr als Sonne, Sand und Meer. Unter diesen Vorzeichen hat es auch der nachhaltige Tourismus schwer. Ressourcenschonung, Bewahrung lokaler Traditionen und faire Arbeitsbedingungen spielen im Buchungsverhalten eine untergeordnete Rolle. Immerhin sind 22 Prozent der Touristen für das Nachhaltigkeitsargument empfänglich, zeigt eine Umfrage unter 6000 Urlaubern aus acht Ländern, die das Institut für Tourismus an der Hochschule Luzern am Donnerstag auf dem „Welttourismus-Forum“ vorlegte. Das in Luzern zum zweiten Mal veranstaltete Forum versteht sich als interdisziplinäres Treffen mit Strategiefunktion,

sagt Geschäftsführer Martin Barth. Besonders prominente Namen unter den mehr als 150 Teilnehmern sind James Hogan, Vorstandsvorsitzender von Etihad Airways, der ägyptische Tourismusinvestor Samih Sawiris und Reto Wittwer, Chef der Hotelgruppe Kempinski.

In der Studie wurden Touristen aus Deutschland, der Schweiz, Großbritannien, Schweden, den Vereinigten Staaten, Brasilien, Indien und Russland befragt. Dabei zeigte sich, dass die Nachhaltigkeit eng an Bildung und Einkommen gekoppelt ist. Dies wird besonders deutlich bei den Befragten aus Schwellenländern, die in der Regel einen Universitätsabschluss aufwiesen. Signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen haben sich

dagegen nicht ergeben, sagt Roger Wehrli, einer der Verfasser der Studie. Die Zustimmung zu den verschiedenen Aspekten des nachhaltigen Tourismus zeigt ebenfalls ähnliche Werte. Zustimmungsraten von weniger als 50 Prozent erhalten nur einige wirtschaftliche Aspekte sowie die Attribute „längerer Aufenthalt“ und „CO₂-Kompensation“. Die Abgabe werde wohl als „Ablasshandel“ für sorglosen Tourismus empfunden, vermutet Wehrli.

In einer zweiten Umfrage unter 5000 Schweizern über die Marktchancen nachhaltiger Reiseangebote waren die Befragten nur in geringem Maße bereit, für Einzelkomponenten größere Summen auszugeben. Eine höhere Zahlungsbereitschaft besteht der Umfrage zufolge für

umfassende Nachhaltigkeitsofferten, bei denen die Buchenden ein rundum gutes Gewissen haben können. Aber Wehrli und Barth warnen: Sehr viel teurer als eine normale Reise dürfen die Angebote nicht sein. Im Konferenz- und Kongress-tourismus hat sich die Nachhaltigkeit nach ihren Worten schon in hohem Maße durchgesetzt. Für Privatreisende müsse man wohl echte „Nachhaltigkeitsregionen“ bis hin zur Bereitstellung von Elektrofahrzeugen schaffen, glaubt Barth. Die jüngere Generation von Touristikfachleuten sei im Übrigen dem Thema gegenüber aufgeschlossener, ergänzt er. Aber bei den typischen Mallorca-Urlaubern haben sie wohl noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

aufkommen. Auch die Mehrwertsteuereinnahmen des Staates legten um knapp 16 Prozent zu, die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer um 5 Prozent. rike.

„Kein Wort zu Vertragsfreiheit“

Die Kritik am Verbot des Europäischen Gerichtshofs für Versicherer, unterschiedliche Tarife für Männer und Frauen anzubieten, reißt nicht ab. Die Luxemburger Richter hätten in ihrem Urteil „kein Wort zu Privatautonomie und unternehmerischer Freiheit“ verloren, rügt Jan Lüttringhaus vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht. Der Gerichtshof habe die Ungleichbehandlung schlicht als Diskriminierung abgestempelt, schreibt Lüttringhaus in der „Europäischen Zeitschrift für Wirtschaftsrecht“. Eine ähnliche Geisteshaltung hat der Jurist bei der EU-Kommission ausgemacht, obwohl die Vertragsfreiheit nunmehr sogar in der Europäischen Grundrechtcharta verbürgt sei. jja.

Mehr Kühlpizza, weniger Umsatz

Im vergangenen Jahr haben die Deutschen so viele Tiefkühlgerichte gegessen